

Mehr für

CARE

Das feministische Konjunkturpaket

Femme Fiscale

Femme Fiscale

Femme Fiscale ist eine Initiative von Gruppen und Netzwerken, die sich für geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzt. Mit dabei sind unter anderem: Attac, Österreichischer Frauenring, Plattform 20000frauen, Katholische Frauenbewegung Österreichs, Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen, OBRA – One Billion Rising Austria, WIDE – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven

Mehr für Care! Das Feministische Konjunkturpaket wird u. a. unterstützt von:

- Arbeitsgruppe Frauen und Armut der Armutskonferenz
- Attac
- BEIGEWUM - Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
- Evangelische Frauenarbeit in Österreich
- Frauenhetz
- Frauenrat Salzburg
- Grazer Frauenrat
- Katholische Frauenbewegung Österreichs
- Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen
- OBRA – One Billion Rising Austria
- Österreichischer Frauenring
- Österreichische Plattform für Alleinerziehende (ÖPA)
- Plattform 20000frauen
- Verein Feministische Alleinerzieherinnen
- WIDE – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven

Impressum:
Femme Fiscale c/o Attac Österreich
Margaretenstraße 166/3/25, 1050 Wien
Verlags- und Herstellungsort: druck.at, 2544 Leobersdorf

Mehr für Care!
Sorgen wir für ein gutes Leben für alle

Es ist höchste Zeit für Veränderung: Die Regierung nimmt derzeit viel Geld in die Hand, aber jene, die es am dringendsten brauchen, erhalten davon kaum etwas – unter anderem Alleinerzieher*innen, Pflegekräfte, Reinigungspersonal; also jene, die unser Leben, Wirtschaft und Gesellschaft am Laufen halten. Wie kann es sein, dass vor allem Frauen, die jetzt noch mehr Lasten schultern als bisher schon, im Stich gelassen werden und nun schauen müssen, wie sie über die Runden kommen?

Wir nehmen das nicht weiter hin!

Die Corona-Pandemie zeigt einmal mehr, wie **nötig ein fundamentaler Wandel des Systems ist.** Es geht darum, die Sorge **um das gute Leben für alle in den Mittelpunkt zu stellen,** und nicht den Reichtum einiger weniger oder die Profite der Konzerne zu befeuern.

Femme Fiscale präsentiert als ersten Schritt in die richtige Richtung **das feministische Konjunkturpaket „Mehr für Care!“** – Investitionen in der Höhe von 12 Milliarden Euro für ein gutes Leben für alle. Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Pflege, Geschlechtergerechtigkeit und Gesundheit verbessern nicht nur die Situation von Frauen, sondern das Leben aller Menschen.

Es ist höchste Zeit für Mehr für Care!

Es ist höchste Zeit für Mehr für Care!

Die Regierung muss mehr Geld in die Hand nehmen ...

... damit mehr Krankenpfleger*innen und mehr Menschen in Gesundheits- und Pflegeberufen beschäftigt und besser bezahlt werden;

... damit es mehr und bessere Kinderbetreuung und Bildung sowie mehr Lehrer*innen gibt, die besser bezahlt werden;

... damit Alleinerziehende, Arbeitslose, prekär Beschäftigte und alle, die's brauchen, finanziell besser abgesichert sind und adäquate Betreuungs- und Unterstützungsangebote erhalten;

... damit Frauenorganisationen ausreichend Mittel zur Unterstützung von Frauen* und Mädchen und zur Arbeit für mehr Geschlechtergerechtigkeit haben und

... damit alle von Gewalt Betroffenen Hilfe und Schutz vor Gewalt sowie Unterstützung für ein finanziell unabhängiges Leben bekommen.

Mehr für Care! schafft tausende gute und zugleich klimafreundliche Arbeitsplätze, die wir jetzt dringend brauchen.

Das alles ist machbar und finanzierbar. Wir haben gesehen: Wenn es darauf ankommt, ist es kein Problem, Milliarden an Förderungen bereitzustellen. **Es ist genug Geld da!** Und sogar noch viel mehr, wenn jene, die besonders viel besitzen, für eine Corona-Solidarabgabe zur Kasse gebeten werden.

Frauen sind die Verliererinnen der Corona-Krise

Die Maßnahmen der Regierung in der Corona-Krise weisen eine eindeutige **Schiefelage zu Lasten von Frauen** aus, kritisiert „Femme Fiscale“, eine Initiative, die sich für geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzt.

Die Krisenpolitik ist im Wesentlichen eine Politik von Männern für Männer und ignoriert die Geschlechterverhältnisse. Gleichzeitig setzt die Regierung das Geld nicht dort ein, wo die größten Potentiale für Beschäftigung und für eine positive Entwicklung der Gesamtwirtschaft liegen.

Als Gegenprogramm dazu präsentiert Femme Fiscale das detaillierte feministische Konjunkturpaket **Mehr für Care!** Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Pflege und Gesundheit im Ausmaß von 12 Milliarden werden nicht nur die Situation von Frauen, sondern das Leben aller Menschen verbessern.

Frauen in der Corona-Krise: Systemrelevant, schlecht entlohnt, doppelt und dreifach belastet

Von Beginn der Corona-Pandemie an war es oftmals die Arbeit von Frauen, die uns durch die Krise gebracht hat.

Arbeit in systemrelevanten, aber grundsätzlich schlecht bezahlten Berufen im Gesundheitsbereich, in Supermärkten und in der Pflege wird in der Mehrzahl von Frauen und häufig in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen erbracht.

Es ist bereits absehbar, dass ohne eine Trendumkehr Frauen für ihre permanenten Höchstleistungen zwar beklatscht wurden, aber dennoch als große Verliererinnen aus der Corona-Krise hervorgehen.

Nicht nur in Berufen, die unser Leben und die Wirtschaft am Laufen halten, übernehmen Frauen einen großen Teil der Krisenlast.

Frauen übernehmen die Krisenlast auch zu Hause und in der Gesellschaft. Diese unbezahlte Arbeit – allen voran sind das Haushalt, Kinderbetreuung, Pflege – wurde schon vor der Krise zu rund zwei Dritteln von Frauen geleistet.

Und schon vor der Corona-Krise waren die Auswirkungen dramatisch: Mangelhafte eigenständige Existenzsicherung, Armutsgefährdung trotz Erwerbsarbeit und daraus folgende Altersarmut sowie starke gesundheitliche Belastungen.

Frauen erhalten bereits jetzt rund 40 Prozent weniger Pension als Männer, wenn sie überhaupt Pensionsansprüche haben.

Die Gründe: Frauen müssen Teilzeit arbeiten, um sich um Kinder und Pflegebedürftige kümmern zu können. In Frauenbranchen werden grundsätzlich niedrige Löhne bezahlt. Zudem werden Frauen auch bei vergleichbarer Tätigkeit noch immer niedriger entlohnt.

In der Corona-Pandemie sind Frauen durch zusätzliche unbezahlte Betreuungsarbeit in Haushalten noch stärker belastet. Sie fungieren als Puffer, um alle gut durch die Krise zu bringen.

Aber das hat hohe Kosten: Die Notwendigkeit, mehr - niedrig bzw. unbezahlte - Pflegearbeit zu leisten, wird zusätzlich **negative Folgen für die Alterssicherung** von Frauen haben.

Studien aus Deutschland und Österreich zeigen: Es sind vor allem Frauen, die ihre Erwerbsarbeitszeit reduzieren oder sogar ganz aussetzen, um ihre Kinder zu betreuen oder bei der Bewältigung der Schulaufgaben zu unterstützen - und somit weniger verdienen.

Viele Mütter mussten während der Corona-Pandemie Urlaub nehmen, um die Kinder zu beaufsichtigen oder zu unterstützen. Weder die Möglichkeiten noch die Kosten für die Betreuung im Sommer waren flächendeckend abgesichert.

Eine Umfrage zeigt, dass Frauen mit Kindern während des Corona-Lockdowns **12,5 Stunden pro Woche** (das sind 1,5 Vollzeit-Arbeitstage) **mehr als Männer** unbezahlt gearbeitet haben.

Zusätzlich waren Frauen in Familien in Quarantäne oder mit finanziellen Sorgen während der Corona-Krise verstärkt von häuslicher Gewalt betroffen, wie Zahlen aus Österreich und Studien aus Deutschland belegen.

Aktuelle Krisenpolitik ist blind für Geschlechterverhältnisse

Die aktuelle Krisenpolitik der Regierung trägt all dem nicht Rechnung. Sie ist im Wesentlichen eine **Politik von Männern für Männer**, die Geschlechterverhältnisse ignoriert. Dementsprechend gibt es auch keine offiziellen Analysen zu den geschlechterspezifischen Auswirkungen der Maßnahmen.

Konjunkturpaket der Regierung: Frauen bekommen um ein Viertel weniger

Berechnungen von Femme Fiscale zeigen, dass Männer von den steuerpolitischen Maßnahmen des Konjunkturpakets¹ in Summe um ein Viertel mehr profitieren als Frauen. Zudem handelt es sich bei jenen Maßnahmen, die das Verteilungsverhältnis für Frauen zumindest etwas verbessern, um Einmalmaßnahmen, die 2021 nicht mehr wirksam sind – darunter die Negativsteuer für Geringverdiener*innen und die Zuzahlungen zur Familienbeihilfe oder für Arbeitslose.

Deutliche Schiefelage zulasten von Frauen

Von der über 2020 hinaus gültigen Senkung der Einkommenssteuer werden Männer sogar um rund die Hälfte mehr profitieren als Frauen. Denn das untere Einkommensfünftel (die 20 Prozent mit den niedrigsten Einkommen) profitiert de facto gar nicht – in dieser Gruppe sind jedoch 70 Prozent Frauen.

Die bisherige Corona-Politik der Regierung weist auch bei den Investitionen eine deutliche Schiefelage zulasten von Frauen auf: Obwohl ein Teil der geplanten Investitionen, vor allem in Klimaschutz, wichtig ist, werden vom Ausbau erneuerbarer Energien, des öffentlichen Verkehrs sowie Gebäudesanierungen großteils **männlich dominierte Berufe profitieren**. Diese Investitionen haben zudem vergleichsweise geringe Beschäftigungseffekte und geringe gesamtwirtschaftliche Wirkungen.

Femme Fiscale fordert Investitionen für ein gutes Leben für alle

Als Gegenprogramm zur bisherigen Krisenpolitik der Regierung fordert Femme Fiscale zusätzlich ein feministisches Konjunkturpaket „**Mehr für Care!**“

Das Paket im Ausmaß von 12 Milliarden Euro besteht aus 3 Teilen:

- Ein **Zukunfts- & Bildungspaket** im Ausmaß von 5 Milliarden Euro
- Ein **Pflegepaket** im Ausmaß von 4 Milliarden Euro
- Ein **Solidaritäts- & Lebensrettungspaket** im Ausmaß von 3 Milliarden Euro

Da „Care“-Investitionen wie Kinderbetreuung, Bildung, Pflege und Gesundheit laut Studien doppelt so viele Arbeitsplätze wie Investitionen in „Beton“ schaffen, würde dies auch die Wirtschaft beleben.

Allein die Hälfte des vorgeschlagenen Paketes schafft 165.000 bis 180.000 neue Jobs:

Das Kindergartenpaket von 2 Milliarden Euro würde 30.000 bis 45.000 Jobs schaffen, die Investitionen in Pflege rund 135.000 Arbeitsplätze.

Aufgrund des hohen Anteils von Löhnen und Gehältern sind die positiven volkswirtschaftlichen Nachfrage-Effekte dieser Investitionen höher als bei den bisherigen Maßnahmen der Regierung. Dazu kommen hohe Rückflüsse durch Steuern und Sozialabgaben, die sich auch für das öffentliche Budget rechnen. Zusätzlich verbessern diese Investitionen das Angebot an öffentlichen Leistungen, die alle Menschen nutzen können, und tragen zu einem guten Leben für alle Menschen bei. Und: Diese Jobs sind „grüne Jobs“ mit geringem CO₂-Ausstoß.

Das feministische Konjunkturpaket im Detail

A) Zukunfts- & Bildungspaket - 5 Milliarden Euro

Investitionen in Kindergärten und Schulen verbessern nicht nur die Zukunftschancen unserer Kinder und die Arbeitsbedingungen vieler Frauen.

Sie verbessern auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wovon Frauen und insbesondere Alleinerzieher*innen am stärksten profitieren. Und sie haben ein besonders hohes Potential als Wirtschaftsmotor.

➔ **Kindergartenpaket** (2 Milliarden Euro)

- Lohnerhöhung für Pädagog*innen um 10 Prozent (120 Millionen Euro)
- Zusätzliche pädagogische Fachkraft in jeder Gruppe (720 Millionen Euro)
- Zusätzliche Fachkräfte für Integration und Vielfalt (210 Millionen Euro)
- Ausbau – zusätzlich 37.000 Plätze (310 Millionen Euro)
- Vollzeitöffnung (290 Millionen Euro)
- Kostenloser Kindergarten- und Krippenbesuch für Kinder von 1 bis 6 Jahren (350 Millionen Euro)

A) Zukunfts- & Bildungspaket - 5 Milliarden Euro

→ **Ausbau der Ganztageschule** – Recht auf einen Ganztageschulplatz für jedes Kind (850² Millionen Euro)

→ **Erhöhung der Sozialarbeit in den Schulen**

→ **Kinderbonus für alle Kinder**: zusätzlich 1.000,- Euro Familienbeihilfe pro Jahr statt der 1.500,-/1.750,- Steuergeschenke für die wohlhabenden Männer - alias Familienbonus - (250 Millionen Euro³). Das hilft Familien, und das hilft den 300.000 armutsgefährdeten Kindern und Jugendlichen!

→ **Gleiche Familienbeihilfe für alle**, unabhängig vom Wohnort der Kinder (62 Millionen Euro)

→ **Recht auf Auszeitjahr für alle** (1,5 Milliarden Euro)

→ **Unterhaltsgarantie** (405 Millionen Euro)

B) Pflegepaket – 4 Milliarden Euro

Eine Verdoppelung der öffentlichen Ausgaben ermöglicht menschenwürdige Pflege zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen.

- ➔ **Schaffung guter Beschäftigungsverhältnisse**, mehr Personal und bessere Arbeitszeiten (1,3 Milliarden Euro)
- ➔ **Bessere Entlohnung – Lohnerhöhung für Pfleger*innen** (500 Millionen Euro)
- ➔ **Mehr Krankenpfleger*innen und Ausbau von Pflegeplätzen** (1 Milliarde Euro)
- ➔ **Qualifizierung Pfleger*innen** (90 Millionen Euro)
- ➔ **Valorisierung Pflegegeld** um 10 Prozent (260 Millionen Euro)
- ➔ **Entlastung pflegender Angehöriger** - Vertretung im Krankheitsfall und bei Urlaub (850 Millionen Euro)

C) Solidaritäts - & Lebensrettungspaket: Gesund leben – 3 Milliarden Euro

Das Solidaritäts- und Lebensrettungspaket schützt die Gesundheit und bringt gleichzeitig wichtige wirtschaftliche Vorteile mit sich. Gewalt gegen Frauen und psychosoziale Belastungen haben nicht nur individuelle, sondern auch hohe volkswirtschaftliche Kosten.

Die Erhöhung von Arbeitslosengeld und Mindestsicherung sichert Lebensgrundlagen und schafft jetzt besonders wichtige Nachfrage.

- ➔ **Gewaltschutz** (210 Millionen Euro)
- ➔ **Finanzierung für unabhängige Frauenprojekte** und feministische Projekte (100 Millionen Euro)
- ➔ **Ausfallshaftung Krankenversicherung**
- ➔ **Ausbau Kassenärzt*innenstellen**
- ➔ **Ausbau psychosozialer Beratung** (Kinder-, Frauen-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Gewaltschutzbereich)
- ➔ **Erhöhung des Kostenzuschusses** für Psychotherapie, Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie auf ein kostendeckendes Niveau

C) Solidaritäts - & Lebensrettungspaket: Gesund leben – 3 Milliarden Euro

- ➔ **Psychotherapie, Physiotherapie und andere Therapieplätze** auf Krankenschein und mehr Krankenkassen-Vertragstherapeut*innen (mit guten Konditionen)
 - ➔ **Vereinfachung des Zugangs** zu freiberuflichen Therapeut*innen
 - ➔ **Ausbau der Primärversorgungszentren**
 - ➔ **Erhöhung Arbeitslosengeld** auf 70 Prozent: 1 Milliarde Euro
 - ➔ **Erhöhung der Mindestsicherung** auf 120 Millionen Euro
-
- ➔ **Internationale Zusammenarbeit**⁴ zu Gesundheit, sozialer Sicherheit und nachhaltiger Wirtschaft durch inklusive und geschlechtergerechte Entwicklungszusammenarbeit (+ 100 Millionen Euro)
 - ➔ **Politische Unterstützung** für Investitionen in öffentliche Gesundheitssysteme weltweit und
 - ➔ **Entschuldung der Länder des globalen Südens** ohne neue Sparauflagen

Mehr für Care! ist finanzierbar!

Finanziert werden kann das **Mehr für Care!**-Paket durch Maßnahmen zur Steuergerechtigkeit:

→ Allein die Erhöhung des Anteils von vermögensbezogenen Steuern am BIP auf OECD-Durchschnitt würde rund 6 Milliarden Euro jährlich einbringen.

→ Eine progressive Besteuerung von Unternehmensgewinnen würde rund 2,4 Milliarden Euro jährlich einbringen⁵.

→ Ein Stopp umweltschädlicher Förderungen in Österreich in den Bereichen Verkehr, Energie und Wohnen schafft Spielraum für 4 Milliarden Euro an Investitionen⁶.

Damit ist das **Mehr für Care!**-Paket langfristig ausfinanziert.

Ein Mehr an Investitionen in Care ist möglich und nötig. Als zusätzliche Anstoßfinanzierung bringt ein einmaliger Corona-Lastenausgleich auf hohe Vermögen 70 bis 80 Milliarden Euro (auf 5 Jahre) ein.

Das feministische Konjunkturpaket **Mehr für Care!** zeigt den Weg in eine gute Zukunft für alle. In der Krise wurde einmal mehr deutlich, dass ohne die lebensnotwendigen Leistungen von Frauen – bezahlt und unbezahlt – Wirtschaft und Gesellschaft zusammenbrechen würden.

Deshalb: Mehr für Care! Für ein gutes Leben für alle!

Fußnoten

- 1 Senkung des Einkommensteuersatzes von 25% auf 20% und einmalige Maßnahmen wie 100 Euro Negativsteuer für Geringverdiener*innen, einmalige Zuzahlung zur Familienbeihilfe von 360 Euro, einmalig 450 Euro mehr für Arbeitslose.
- 2 Auf Basis, dass 60 Prozent aller Schüler*innen dies in Anspruch nehmen.
- 3 Zusätzlich zur Verwendungsänderung der 1,5 Milliarden Euro Kosten des Familienbonus für die erhöhte Familienbeihilfe.
- 4 Zusätzlich: Schrittweise Erhöhung der EZA um 1,6 Milliarden Euro (auf 0,7 Prozent des BIP).
- 5 Mittelfristig würden auch eine europäisch koordinierte Finanztransaktionssteuer und das Unterbinden von Steuertricks von Konzernen Einnahmen in Milliardenhöhe garantieren.
- 6 WIFO-Monatsberichte, 2016, 89 (8), S. 612, https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=58977&mime_type=application/pdf

Verwendete und weiterführende Literatur

- AK Europa: Volkswirtschaftliche und fiskalische Effekte des Ausbaus der Kinderbetreuung in Österreich. https://www.arbeiterkammer.at/infopool/akportal/Studie_Investiver_Sozialstaat.pdf
- Attac: Der Corona Lastenausgleich. www.attac.at/lastenausgleich
- Attac: Die progressive KöSt. <https://www.attac.at/kampagnen/konzerne-ihir-beitrag-bitte/die-progressive-koest>
- Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Famira-Mühlberger, Christine Mayrhuber: COVID-19: Ökonomische Effekte auf Frauen. https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/main.jart?content-id=1454619331110&publikation_id=65897&detail-view=yes
- Jerome De Henau, Susan Himmelweit: Stimulating OECD economies post-Covid by investing in care. http://www.open.ac.uk/ikd/sites/www.open.ac.uk/ikd/files/files/working-papers/COVID%20care-led%20recovery_IKD_WP85_2020_06_12%20%28003%29.pdf
- Judith Dernhofer, Franziska Disslbacher, Vanessa Lechinger: Corona-Krise als Instrument der Gleichstellung? <https://awblog.at/corona-krise-als-instrument-der-gleichstellung/?jetztlesen>
- EIGE: Estimating the costs of gender-based violence in the European Union. <https://eige.europa.eu/gender-based-violence/estimating-costs-in-european-union>
- Ulrike Famira-Mühlberger, Matthias Firgo, Oliver Fritz, Gerhard Streicher: Österreich 2025 – Pflegevorsorge – Künftiger Finanzierungsaufwand und regionalwirtschaftliche Verflechtungen. https://www.wifo.ac.at/publikationen/publikationsuche?detail-view=yes&publikation_id=60469
- IG Metall: FairWandel - Zukunftsperspektiven statt Jobabbau. <https://www.igmetall.de/thema/corona-krise-ratgeber-news-und-mehr>
- Institut für Heterodoxe Ökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien: Genderspezifische Effekte von COVID-19. <https://www.wu.ac.at/vw3/forschung/laufende-projekte/genderspezifischeeffektevon covid-19>
- Josefine Koebe, Claire Samtleben, Annkatrin Schrenker und Aline Zucco: Systemrelevant und dennoch kaum anerkannt: Das Lohn- und Prestigeniveau unverzichtbarer Berufe in Zeiten von Corona. https://www.diw.de/de/diw_01.c.743872.de/publikationen/diw-aktuell/2020_0028/systemrelevant_und_dennoch_kaum_anerkannt_das_lohn-_und_prestigeniveau_unverzichtbarer_berufe_in_zeiten_von_corona.html
- Christine Mayrhuber, Ingrid Mairhuber: The gender pension gap in Austria and Europe. <https://oegfe.at/2020/06/gender-pension-gap-austria-europe/>
- Mattias Muckenhuber: Maßnahmen der Regierungsklausur im Verteilungs-Check. <https://www.momentum-institut.at/news/massnahmen-der-regierungsklausur-im-verteilungs-check>
- Neue Kampagne gegen häusliche Gewalt. <https://orf.at/stories/3160714/>
- Statistik Austria: Frauen und Männer in systemkritischen Berufen. <http://www.statistik.at/wcm/idc/groups/b/documents/webobj/mdaw/mtiy/-edisp/122900.jpg>
- Technische Universität München: Häusliche Gewalt während der Corona-Pandemie. <https://www.tum.de/nc/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/details/36053/>
- Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Corona-Alltag. <https://www.wzb.eu/de/forschung/dynamiken-sozialer-ungleichheiten/arbeit-und-fuersorge/corona-alltag>

